

# Deutschland hat Zukunft | Klimapolitik nach Belém

---

**Montag, 26.01.2026 um 10:00 Uhr**

hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

---

## Begrüßung

---

**Bertram Brossardt**

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,

herzlich willkommen zu unserem Deutschland-hat-Zukunft-Kongress hier im Haus der Bayerischen Wirtschaft! Wir übertragen diesen Kongress auch per Livestream.

Heute wollen wir über die zentralen Ergebnisse der 30. Weltklimakonferenz in Belém diskutieren.

Besonders herzlich begrüße ich die aktiv Beteiligten unserer heutigen Diskussionsrunde:

- Den Bundestagsabgeordneten Christian Moser, Umweltpolitischer Sprecher der CSU und Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit,
- Sigrid Huber, Director Work Safety & Corporate Environmental Sustainability von der MTU Aero Engines AG
- und Dr. Felix Christian Matthes, Forschungs Koordinator Energie- und Klimapolitik von der Öko-Institut Consult GmbH.

Schön, dass Sie sich alle die Zeit genommen haben!

[weitere namentliche Begrüßungen]

Meine Damen und Herren,

als Bayerische Wirtschaft treten wir auch in Zeiten von Rezession und De-Industrialisierung für den Klimaschutz ein: Wir bekennen uns ausdrücklich zum Pariser Klimaabkommen und dem darin verankerten 1,5-Grad-Ziel.

Jahr für Jahr organisieren wir Kongresse zur Klimapolitik. Mit namhaften Expertinnen und Experten diskutieren wir darüber, wie Klimaschutz effizient, marktwirtschaftlich und wettbewerbsverträglich umgesetzt werden kann.

Heute nehmen wir die Ergebnisse der letzten Weltklimakonferenz in Belém unter die Lupe. Wir wollen darüber sprechen, welche Konsequenzen sich daraus für die deutsche und europäische

Klimapolitik ergeben und wie sich die Ergebnisse auf den Industriestandort auswirken.

In aller Kürze will ich Ihnen drei Gedanken dazu aus Sicht der Bayerischen Wirtschaft darlegen.

Erstens: Es besteht dringender Handlungsbedarf. Der Klimawandel ist real und die Auswirkungen werden immer deutlicher spürbar. Weltweit verursachen klimabedingte Naturkatastrophen Schäden in Höhe von etwa 170 Milliarden Euro pro Jahr.

Allein in Deutschland

- haben die klimabedingten Extremwetterereignisse der vergangenen 25 Jahre Schäden in Höhe von mindestens 145 Milliarden Euro angerichtet.
- In den nächsten 25 Jahren könnten die Kosten auf bis zu 800 Milliarden Euro ansteigen.

Nicht nur aus klimapolitischer Sicht, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Erwägungen gilt: Wir müssen aktiv bleiben und die Erderwärmung so gut es geht eindämmen!

Das effektivste Instrument dafür wäre ein international einheitlicher CO<sub>2</sub>-Preis. Deshalb meinen wir: Der europäische Emissionshandel muss als Leitinstrument weiterentwickelt werden. Perspektivisch ist eine internationale Verknüpfung mit vergleichbaren Mechanismen anzustreben. Wir brauchen bei dieser globalen Herausforderung gemeinsame Anstrengungen und ein echtes Level Playing Field!

Zweitens: Die Welt befindet sich in einem tiefgreifenden geopolitischen und wirtschaftlichen Umbruch.

Fakt ist: Wir leben in einer Zeit nationaler Alleingänge. Die langfristige Entwicklung des Weltklimas spielt für zentrale Akteure der internationalen Politik nur noch eine

untergeordnete Rolle. Im Fokus der beiden Supermächte USA und China stehen derzeit andere Herausforderungen – Stichwort Geopolitik, Stichwort Handelskonflikte, Stichwort Wettbewerb. Die Vereinigten Staaten haben nicht einmal eine Delegation nach Belém entsandt – ein unrühmliches Novum in der Geschichte der UN-Klimakonferenzen.

Deutschland und die EU müssen auf diese negative Entwicklung klug reagieren: Klimaschutzmaßnahmen dürfen nicht zu dauerhaften Wettbewerbsnachteilen oder zu Carbon Leakage führen. Wir dürfen nicht vergessen: Eine starke, innovative Industrie ist nicht die Hürde, sondern die Voraussetzung, um unsere Klimaziele erreichen zu können.

Bei der Umstellung auf klimafreundliche Produktionsprozesse und Geschäftsmodelle benötigen die hier ansässigen Betriebe mehr politische Unterstützung:

- Die Preise für Strom und Energie müssen spürbar sinken, um Investitionen wirtschaftlich darstellbar zu machen!
- Das Beihilferecht muss in der Transformation noch viel flexibler werden.
- Und auch die Infrastruktur muss den Bedürfnissen der Unternehmen gerecht werden. Der Auf- und Ausbau der Netze für Wasserstoff, grünen Strom und CO<sub>2</sub> muss deutlich an Tempo zulegen!

Gleichzeitig müssen wir unsere großen Kompetenzen in Energie- und Klimatechnologien weltweit zum Tragen bringen. Unsere Unternehmen brauchen etwa mehr Unterstützung, um sich neue Märkte zu erschließen. Anderenfalls läuft uns China auch hier den Rang ab – trotz der viel größeren klimapolitischen Ambitionen der EU.

Mein dritter und letzter Punkt lautet: Statt neuer Pläne ist jetzt Handeln gefragt.

Brüssel hat zuletzt einige sinnvolle Maßnahmen angestoßen, um Klimapolitik und Wettbewerbspolitik miteinander zu verzahnen. Ich verweise nur auf die Omnibus-Pakete zur Deregulierung, die eine spürbare Entlastung der europäischen Industrie ermöglichen können – etwa bei Nachweis- und Berichtspflichten.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Praktisch alle Entscheidungs- und Genehmigungsprozesse in der EU sind – vorsichtig formuliert – zeitintensiv. Wir brauchen mehr Effizienz und mehr Tempo in der Umsetzung!

Mit anderen Worten: Jetzt ist nicht die Zeit für neue Zieldebatten, jetzt ist die Zeit für Pragmatismus!

Nur so können wir verhindern, dass noch mehr industrielle Wertschöpfung aus der EU in Standorte mit geringeren Umwelt- und Klimaschutzstandards abwandert. Und nur so kann Europa in der Klimapolitik vom Vorreiter



zum Vorbild werden – wirtschaftlich stark und  
industriepolitisch handlungsfähig!

In diesem Sinne danke ich Ihnen für die  
Aufmerksamkeit und übergebe das Wort jetzt an  
unseren Moderator.